

## Soziologische Forschung zur Sozialpolitik: Geschichte, Institutionalisierung, Herausforderungen

Ursula Dallinger<sup>1</sup>, Stephan Lessenich<sup>2</sup>, Ilona Ostner<sup>3</sup>, Trier, München und Göttingen

### 1. Die Entstehung und Entwicklung der Soziologie aus dem Geist der „sozialen Frage“

Die Soziologie als wissenschaftliche Disziplin ist historisch aus der Sozialpolitikforschung hervorgegangen. Sie ist national wie international ein Kind methodischer und theoretischer Innovationen bei der Erforschung (zunächst) der „sozialen Frage“ in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts – und damit der sich damals bereits etablierenden Sozialpolitikforschung. Bekannte Gründungsväter der Soziologie und frühe Vorsitzende der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* waren engagierte Sozialpolitikforscher, so zum Beispiel der langjährige DGS-Vorsitzende *Heinrich Herkner* (man lese nur seine bis heute vorbildliche und vom internationalen Stand der Forschung informierte, zweibändige und auflagenstarke Schrift *Die Arbeiterfrage*). Die makrosoziologischen Analysen des westlichen Modernisierungsprozesses von *Max Weber* und etwa auch *Werner Sombart* waren unter anderem von der Frage getrieben, warum es in den USA – anders als in Deutschland und Europa – keinen „Sozialismus“, also keine Kultur des kollektiven Ausgleichs sozialer Risiken gab und geben konnte, sich dort mithin auch keine Tradition systematischer staatlicher Armutsbekämpfungspolitik entwickelte, eine bis heute aktuelle Frage. Wichtige Werke der älteren wie neueren Makrosoziologie (von *Stein Rokkan* bis *Colin Crouch* oder *Wolfgang Streeck*), aber zum Beispiel auch der Religionssoziologie (von *Ernst Troeltsch* zu *Robert Bellah* oder *Karl Gabriel*) wären ohne die Auseinandersetzung mit dem angemessenen wissenschaftlichen Umgang mit der sozialen Frage in demokratisch-kapitalistischen Industriegesellschaften einerseits und über die notwendigen politischen Antworten auf deren Dynamik und Transformation andererseits nicht entstanden.

Auch bedeutsame methodische und inhaltliche Innovationen, die auf diese frühe akademische Auseinandersetzung mit dem „Sozialen“ und seiner politischen Regulierung zurückgeführt werden können, zählen bis heute zum anerkannten Fundus nicht nur der Sozialpolitikforschung, sondern der Sozialwissenschaften insgesamt. Die Vor- und Frühgeschichte der Soziologie ist zumal in Deutschland (aber etwa auch in Großbritannien) wesentlich die Geschichte der „Sozialenquoten“, sprich einer wissenschaftlichen Sozialberichterstattung, die zugleich für die enge (im deutschen Kontext mit der Gründung des *Vereins für Socialpolitik*<sup>4</sup> zum Ausdruck gekommene) Verschränkung von wissenschaftlichen, wissenschaftspolitischen und staatspolitischen Interessen steht. In diesem Zusammenhang wurden die dokumentarischen und ethnographischen Methoden der Armutsforschung (vergleiche *Booth*, *Webb* und so weiter) entwickelt und angewendet, die letztlich in dem mündeten, was wir bis heute als „poverty line“ oder „Armutsschwelle“ beziehungsweise „Armutsgrenze“ kennen, und auf dieser Grundlage wurde die sozialpolitische Forderung nach einem „national minimum“ laut, also nach der Einführung einer armutsvermeidenden Mindestsicherung, zu der vor allem damals in England auch – und heute in Deutschland gleichfalls hochaktuell – die Festlegung von Mindestlöhnen gehörte. Der internationale Vergleich und der transnationa-

1 Professorin für Soziologie und Sozialpolitik an der Universität Trier, Sprecherin der Sektion Sozialpolitik der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS)

2 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Vorsitzender der DGS

3 Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Vergleichende Sozialpolitik an der Georg-August-Universität Göttingen

4 Die *Deutsche Gesellschaft für Soziologie* wurde 1909 gleichsam als Abspaltung des *Vereins für Socialpolitik* gegründet, welcher seinerseits bis heute als Fachgesellschaft der Ökonomik fungiert.

le Austausch, nicht zuletzt auch die Übernahme von politischen Gestaltungsideen und von neuem Wissen vom Sozialen, fanden im Feld der Sozialpolitik und ihrer Erforschung sehr früh statt: Sozialpolitikforschung war im Grunde von Anfang an international und „vergleichend“ angelegt, bewegte sich also jenseits der provinziellen akademischen Selbstbeschäftigung und öffnete sich rasch für Fragen der globalen Entwicklung.<sup>5</sup>

Die Nachkriegszeit und die Jahrzehnte des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs, also gewissermaßen die deutschen *trente glorieuses*, waren auch die Zeit des Aufstiegs der sozialwissenschaftlichen, insbesondere soziologischen Sozialpolitikforschung in der Bundesrepublik. Ludwig Prellers Werk über die *Sozialpolitik in der Weimarer Republik* und Theodor Geigers *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, vor allen Dingen aber Hans Achingers *Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik* waren Marksteine einer sozialstrukturanalytischen und nicht zuletzt wissenschaftssoziologischen Analyse des sozialpolitisch vermittelten sozialen Wandels. Mit der von Achinger analysierten (und weiter vorhergesagten), in einer konzentrischen Bewegung immer weitere Bevölkerungskreise in öffentliche Leistungssysteme einbeziehenden Expansion des deutschen Sozialstaats, und unterstützt durch den Aufschwung des politischen Planungsgedankens in den sozialliberal geprägten 1970er Jahren, boomte dann auch die soziologische Sozialpolitikforschung. Es war nun (erneut) das Feld wohlfahrtsstaatlicher Intervention, in dem zentrale gesellschaftspolitische Fragen von sozialer Ungleichheit, Klassenkonflikt beziehungsweise Klassenkompromiss und politischer Steuerung einer vergleichenden historisch-soziologischen Analyse unterzogen wurden. Langfristig prägend für die spezifisch soziologische Analyse der wohlfahrtsstaatlichen Strukturpolitik war hier der Einfluss des Bielefelder Soziologen Franz-Xaver Kaufmann, der, im Nachgang zum Bielefelder Soziologentag 1976, auch maßgeblich an der Initiative zur Gründung der Sektion Sozialpolitik in der DGS beteiligt war.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die soziologische Sozialpolitikforschung in Deutschland neuerlich stark internationalisiert, insbesondere aber europäisiert. Einen wesentlichen Impuls zur Vernetzung der wohlfahrtspolitischen *scientific community* hat dabei das im Jahr 2002, unter maßgeblicher deutscher Beteiligung, gegründete *European Network for Social Policy Analysis (ESPAnet)*, gegeben. Nicht zuletzt sei auch erwähnt, dass nationale wie europäische Anstrengungen, Geschlechterasymmetrien abzubauen, ganz wesentlich an soziologische Arbeiten im Feld der gendersensiblen Wohlfahrtsstaatsforschung anschließen.

## 2. Die akademische Institutionalisierung der Sozialpolitik in der Soziologie

Mit der Bildungsoffensive und der Expansion der Hochschulen – selbst ein Ausweis der sozialpolitischen „Blütephase“ in den 1960er und 70er Jahren – wurden auch vielfach sozialpolitikwissenschaftliche Lehrstühle an soziologischen Instituten und Fakultäten deutscher Universitäten etabliert. Gegenwärtig befindet sich die soziologische Sozialpolitikforschung allerdings, was ihre akademische Institutionalisierung angeht, auf dem Rückzug und in einer nicht anders als dramatisch zu nennenden Phase der „Deinstitutionalisierung“. Wie aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht, sind in der jüngsten Vergangenheit drei Lehrstühle (Gerhard Bäcker/Duisburg-Essen, Jürgen Kohl/Heidelberg, Georg Vobruba/Leipzig), welche den Schwerpunkt Sozialpolitik in ihrer Denomination führten und jeweils ganz unterschiedlich ausgestalteten,<sup>6</sup> im Zuge ihrer

<sup>5</sup> Vgl. dazu als Forschungsperspektiven u. a. „Globale Perspektiven“ und „Horizontale und vertikale Interdependenzen im internationalen Vergleich“, in: Busemeyer, Marius R./Ebbinghaus, Bernhard/Leibfried, Stephan/Mayer-Ahuja, Nicole/Obinger, Herbert und Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.): *Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Neue Wege der Forschung*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 177–187 und S. 189–196.

<sup>6</sup> Bäcker setzte den Akzent auf die nationale Sozialpolitik (mit dieser Stelle war das einzige große soziologische Lehrbuch zur Sozialpolitik verbunden, dessen Fortführung nunmehr in Frage steht), Kohl auf den internationalen Vergleich der sozialen Lagen und Vobruba auf die Theorie des Wohlfahrtsstaates.

Neubesetzung umbenannt und mit anderweitigen inhaltlichen Schwerpunkten versehen worden. Explizit als solche ausgewiesene Sozialpolitikprofessuren bestehen damit in der Soziologie derzeit nur noch an den Universitäten Bielefeld (Lutz Leisering), Bremen (Karin Gottschall), Frankfurt a. M. (Markus Gangl), Göttingen (Ilona Ostner), Kassel (Ingo Bode), Köln (Frank Schulz-Nieswandt) und Trier (Ursula Dallinger) sowie – als Juniorprofessur – an der Universität Mannheim (Timo Weishaupt). Die anstehende Wiederbesetzung der Göttinger Professur mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik (allerdings unter Rückstufung auf eine W2-Professur) scheint gesichert, die Bielefelder Perspektive durch die Vorabberufung von Alexandra Kaasch 2014 als Juniorprofessorin im *tenure track* für „Transnationale Sozialpolitik“ vorbereitet, in allen weiteren Fällen ist eine solche Fortschreibung des Forschungsschwerpunktes bei fälliger Wiederbesetzung der Stellen hingegen ungewiss. Die Erfahrung mit den oben genannten auf die Schwerpunktsetzung in der Sozialpolitikforschung zugunsten mehr oder weniger fachferner Denominationen (Politische Soziologie, Vergleichende Soziologie, Institutionen und sozialer Wandel) verzichtenden Neuberufungen gibt diesbezüglich eher Anlass zu einem gewissen Pessimismus.

Neben den genannten, qua Denomination als soziologisch-sozialpolitikwissenschaftliche „Leitprofessuren“ zu betrachtenden Lehrstühlen ist die Soziologie der Sozialpolitik an deutschen Universitäten nur durch Einzel Forscherinnen und Einzelforscher vertreten, die auf an sich anders denominierten Professuren operieren, zumeist auf solchen für Sozialstrukturanalyse, Makrosoziologie oder Vergleichende Gesellschaftsanalyse, wie die – vermutlich nicht vollständige – Auflistung in der folgenden Übersicht zeigt. Eine zwischenzeitliche Gelegenheitsstruktur für die (Re-)Etablierung der Sozialpolitikforschung in der Soziologie war die Neugründung soziologischer Institute an den ostdeutschen Universitäten nach 1990, die an allen Standorten derselben institutionellen Logik folgte. Fünf Bereiche wurden durch Lehrstühle ab-

gedeckt: Theorie, Methoden, Makro-, Mikro- und – je eine – spezielle Soziologie. Hier konnte sich etwa an der Universität Jena ein entsprechender Schwerpunkt bilden, der nach drei aufeinanderfolgenden einschlägigen Berufungen (Birgit Pfau-Effinger, Bernhard Ebbinghaus, Stephan Lessenich) derzeit jedoch – wie im Falle Leipzig – ebenfalls vor dem Ende steht.

Die skizzierte Lage ist bedauerlich und bedenklich nicht zuletzt deshalb, weil die Soziologie im deutschen Wissenschaftssystem historisch eine Vorreiterrolle bei der Institutionalisierung der sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikforschung eingenommen hat – deutlich vor der Politikwissenschaft etwa, deren Sozialpolitikforscherinnen und -forscher sich nicht ohne Grund hauptsächlich in der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) organisieren und betätigen. Gerade für eine Theoretisierung sozialpolitischen Handelns, vor allen Dingen aber für eine aus relativer Distanz zu den sozialpolitischen Akteuren erfolgende empirische Dauerbeobachtung der Sozialpolitik und des Sozialstaats – und zwar nicht nur ihrer Input-Seite, sondern insbesondere auch ihrer Output- und Outcomes-Dimension – ist soziologische Sozialpolitikanalyse unverzichtbar.

Die zunehmende akademische De-Institutionalisierung einer Soziologie der Sozialpolitik hat dabei schon jetzt spürbare Konsequenzen: So ist etwa mit *Gerhard Bäcker* nicht nur einer der Autoren des wichtigsten Sozialpolitiklehrbuchs in Deutschland ohne fachlich einschlägige Nachfolge aus dem universitären Leben ausgeschieden, sondern auch die treibende (institutionelle) Kraft der hervorragenden und über das Fach hinaus bedeutsamen Website [www.sozialpolitik-aktuell.de](http://www.sozialpolitik-aktuell.de). Ähnliche Probleme könnten sich zukünftig für die interdisziplinäre, maßgeblich aber auch von sozialologischer Expertise von den Verbindungen zur Sektion Sozialpolitik der DGS lebende *Zeitschrift für Sozialreform* gelten, die neben dem *Sozialen Fortschritt* das wichtigste sozialwissenschaftliche Publikationsorgan im Feld darstellt.

Die Verankerung von Sozialpolitikwissenschaft an den deutschen Fachhochschulen

**Übersicht:** Sozialpolitik-Professuren in der Soziologie, den Sozialwissenschaften und im Bereich Sozialwesen an deutschen Universitäten (Stand: November 2014)\*

Bundesland	Universität	Lehrstühle
Baden-Württemberg	Universität Heidelberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>bis September 2013: Prof. Dr. Jürgen Kohl</b>, Vergleichende Wohlfahrtsstaats- und Sozialpolitikforschung</li> <li>– <i>Nachfolge:</i> Prof. Dr. Kathia Serrano-Velarde, Politische Soziologie</li> </ul>
	Universität Mannheim	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Prof. Dr. Bernhard Ebbinghaus, Soziologie III – Makrosoziologie</li> <li>– <b>Jun.-Prof. J. Timo Weishaupt</b>, Soziologie des Wohlfahrtsstaates</li> </ul>
Bayern	LMU München	– Prof. Dr. Stephan Lessenich, Soziologie mit dem Schwerpunkt soziale Entwicklungen und Strukturen
Berlin	Humboldt-Universität	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung (zugleich Leitung des WZB, das keine große Sozialpolitikabteilung mehr hat; bis 2011 wirkte dort Prof. Dr. Jens Alber, Leiter der Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration“; seit 2012 allerdings ist dort Prof. David Brady Leiter der Abteilung „Ungleichheit und Sozialpolitik“)</li> <li>– Prof. Dr. Friedbert W. Rüb, Politische Soziologie und Sozialpolitik</li> </ul>
Bremen	Universität Bremen	– <b>Prof. Dr. Karin Gottschall</b> , Soziologie (Leiterin der Abteilung „Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat“ am Zentrum für Sozialpolitik)
Hamburg	Universität Hamburg	– Prof. Dr. Birgit Pfau-Effinger, Sozialstrukturanalyse
Hessen	Universität Frankfurt a. M.	– <b>Prof. Dr. Markus Gangl</b> , Soziologie, insbes. Sozialstruktur und Sozialpolitik
	Universität Kassel	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Prof. Dr. Ingo Bode</b>, Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt organisationale und gesellschaftliche Grundlagen</li> <li>– Prof. Dr. Silke van Dyk, Soziologie sozialer Disparitäten</li> <li>– Prof. Dr. Eckhard Hansen, Soziologie Sozialer Dienste und Einrichtungen</li> <li>– apl. Prof. Dr. Wolfgang Ayaß, außerplanmäßige Professur, Geschichte der Sozialpolitik</li> </ul>
Niedersachsen	Universität Göttingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Bis September 2015: Prof. Dr. Ilona Ostner</b>, Soziologie mit Schwerpunkt Vergleichende Sozialpolitik</li> <li>– <i>Nachfolge:</i> N. N., Soziologie mit Schwerpunkt Sozialpolitik</li> </ul>

Bundesland	Universität	Lehrstühle
Nordrhein-Westfalen	Universität Bielefeld	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Prof. Dr. Lutz Leisering</b>, Soziologie und Sozialpolitik</li> <li>– <i>Jun.-Prof. Dr. Alexandra Kaasch</i>, <i>Transnationale Sozialpolitik</i> (= „Vor“folge zu Prof. Dr. Lutz Leisering und Politikwissenschaftlerin)</li> <li>– <i>Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger</i>, <i>Gesundheitssysteme, Gesundheitspolitik und Gesundheitssoziologie</i></li> </ul>
	Universität Duisburg-Essen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>bis März 2012: Prof. Dr. Gerhard Bäcker</b>, Soziologie des Sozialstaats</li> <li>– <i>Nachfolge: Prof. Dr. Sigrid Quack</i>, <i>Vergleichende Soziologie</i></li> </ul>
Nordrhein-Westfalen	Universität zu Köln	– <b>Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt</b> , Sozialpolitik und Methoden der qualitativen Sozialforschung
	Universität Siegen	– <i>Prof. Dr. Claus Wendt</i> , <i>Soziologie der Gesundheit und des Gesundheitssystems</i>
Rheinland-Pfalz	Universität Trier	– <b>Prof. Dr. Ursula Dallinger</b> , Soziologie/Sozialpolitik
Sachsen	Universität Leipzig	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Bis September 2013: Prof. Dr. Georg Vobruba</b>, Sozialpolitik</li> <li>– <i>Nachfolge: Prof. Dr. Holger Lengfeld</i>, <i>Institutionen und sozialer Wandel</i></li> </ul>
Thüringen	Universität Jena	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Bis September 2014: Prof. Dr. Stephan Lessenich</b>, Soziologie mit dem Schwerpunkt Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse</li> <li>– <i>Nachfolge: N. N.</i>, <i>Politische Soziologie und Demokratieforschung</i></li> </ul>

Legende: Fett markiert wurden genuine Sozialpolitikprofessuren in der Soziologie. Kursiv markiert wurden (1) Professuren von Soziologinnen und Soziologen mit Schwerpunkten Sozialpolitik- und Wohlfahrtsstaatsforschung, die keine ausgewiesene Sozialpolitik- oder Wohlfahrtsstaatsprofessur besetzen, (2) Professuren von Nicht-Soziologinnen und Nicht-Soziologen in soziologischen beziehungsweise sozialwissenschaftlichen Fakultäten sowie (3) Nachfolgerinnen und Nachfolger auf Sozialpolitikprofessuren in der Soziologie, nun ohne Sozialpolitikschwerpunkt.

\* Die Tabelle wurde zusammengestellt von Dipl.-Soz. Kerstin Schulze,  Universität Göttingen.

vermag das universitäre Manko im Feld der Soziologie keineswegs auszugleichen. In der Regel ist die Sozialpolitik dort als „Bindestrichsozialpolitik“ (für die Felder der Jugendhilfe, Altenhilfe, Sozialhilfe, Gesundheitswesen/Public Health, Pflegewissenschaft, Wohnungspolitik und andere) an Abteilungen und Studiengängen für Sozialwesen, Sozialarbeit oder Sozialpädagogik verortet. Eine systematische, theoretisch-

empirische Beobachtung des „gesamten“ Sozialstaats, seiner wechselnden Interventionsrationalitäten und seiner politisch-sozialen Entwicklungsdynamiken findet hier nicht statt. Ähnlich, wenn nicht noch stärker ausdifferenziert sind die Lehr- und Studienangebote an den verschiedenen Fachhochschulen der Sozialversicherungsträger, die mithin ebenso wenig zu einer politikfeldübergreifenden, theoriegeleiteten und empirisch

operierenden Sozialpolitikforschung beitragen.<sup>7</sup>

Nur an wenigen Universitäten existiert, jenseits von einzelnen Professuren, in Lehre und Forschung eine Schwerpunktbildung bei der Sozialpolitik, im Prinzip ist dies nur an der Universität Bremen mit dem **Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)** und der *Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)* der Fall. In der Folge ist es dann für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in der Soziologie (wie in anderen sozialwissenschaftlichen Fächern auch) in gewisser Weise riskant, sich auf die Sozialpolitikforschung zu spezialisieren. Vorhersehbare wissenschaftliche Karrierewege existieren in diesem Feld hierzulande kaum. Mehrere Graduate Schools beziehungsweise Graduiertenkollegs bilden zwar (unter anderem auch) im Schwerpunkt Sozialpolitik aus, sodass für qualifizierten Nachwuchs gesorgt ist, der dann jedoch auf wenig sichere wissenschaftliche „tracks“ zur beruflichen Weiterentwicklung trifft – und diese dann nicht selten erfolgreich in ausländischen Universitätssystemen, vor allem im britischen Universitätssystem, findet. Die fehlende institutionelle Verankerung der Sozialpolitikforschung kann sich zudem im Zuge von Einsparzwängen der Universitäten als nachteilig erweisen, wenn die Soziologie auf einen Kern an für die BA- und MA-Ausbildung unerlässlichen Professuren zurückgefahren wird: Das sind dann meist solche für Methoden/Statistik, Allgemeine Soziologie, Sozialstrukturanalyse und eine weitere spezielle Soziologie. Die Sektion Sozialpolitik in der DGS bemüht sich zwar um die Bündelung und Sichtbarmachung der vielschichtigen sozialwissenschaftlichen Forschungsaktivitäten, die auf die Sozialpolitik und den Sozialstaat zielen. Doch angesichts der offensichtlichen Herausforderungen in diesem Feld benötigt die Sozialpolitikforschung dringend eine institutionelle Aufwertung.

### 3. Herausforderungen

An Herausforderungen und Fragestellungen mangelt es der Sozialpolitikforschung wahr-

lich nicht. Die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherung stehen unter dem Druck, sich an die gravierenden Veränderungen von Arbeitsmärkten, Familienformen, Erwerbs- und Lebensverläufen (auch angesichts von Alterung und erwartbarem Anstieg von Pflegebedürftigkeit), an neue soziale Ungleichheitsstrukturen und eine immer heterogener werdende Gesellschaft (zum Beispiel durch Einwanderung einerseits, Pluralisierung der Wertesysteme andererseits) anzupassen. An Industriearbeitern und langjährigen Berufsbio grafien orientierte Sicherungssysteme sind nicht allzu geeignet, feminisierten und flexibilisierten Arbeitsmärkten sowie verstärkt volatilen Berufswegen mit breiter ausgeprägten Phasen der Arbeitslosigkeit, als sie noch in den „Goldenen Jahren“ vorkamen, gerecht zu werden. Konzentrieren wir uns auf die auf Alterssicherung und die gesetzliche Rentenversicherung (gRV) zukommenden Herausforderungen und Wandlungsprozesse:

Da heute immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jene kontinuierliche Beschäftigung nachweisen können, die ein ausreichendes Rentenniveau ermöglicht, sind Reformen im Gang, die die Bindung von Leistungen an die Erwerbsarbeit lockern wollen und die leistungsrechtliche Anerkennung der informellen Arbeit wie Kindererziehung, ebenso wie den Bedarfsaspekt, stärken wollen. Dies bedeutet, die Zielgruppen beziehungsweise die Grundlagen für Leistungsansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung neu zu kalibrieren. Wenn die

<sup>7</sup> Man sollte sich einmal vorstellen, was es bedeuten würde, wenn die Berufsprofile des Sozialstaats – immerhin heutzutage von den Ausgaben her gesehen die *eine Hälfte* des Staates und für ein Drittel des Bruttosozialprodukts verantwortlich – ähnlich stark akademisiert worden wären wie die Berufsprofile des „restlichen“ Staatswesens. Das Wissenschaftssystem des 19. Jahrhunderts entstand insoweit im Blick auf Juristen, Gymnasiallehrer und Ökonomen, also die „Gesellschaftsverwalter“, und nicht im Blick auf Sozial(staats)berufe. Hätten diese im 20. Jahrhundert wissenschaftlich „nachgerüstet“ und wären sie weniger stark ausschließlich in den Fachhochschulweg eingekapselt worden, dann würden wir auch an den Universitäten ausgewogenere Strukturen vorfinden. Das Vereinigte Königreich mit seinen „Departments of Social Policy and Administration“ ist eher diesen Weg gegangen. Insofern haben auch die Sozialversicherungssysteme mit ihrer Eigenausbildung einen Schlüssel zur weiteren Entwicklung in der Hand.

Arbeitsmarktpolitik Beschäftigung unterhalb der Standards des „Normalarbeitsverhältnisses“ fördert, dann sind komplementäre Reformen in der gRV nur folgerichtig. Dies steht allerdings in einem spannungsreichen Verhältnis zu einer weiteren Reformdimension, der Stärkung des Versicherungsprinzips, welche die Rentenfinanzierung konsolidieren soll, indem versicherungsfremde Anteile abgebaut beziehungsweise deren Finanzierung abgegeben wird. Die auf Beiträgen aus Erwerbsarbeit basierende Alterssicherung ist fest im Leistungsprinzip beziehungsweise im Gerechtigkeitsstandard der „equity“ verankert. Die sozialen Verteilungskonflikte wie auch die Ungleichheiten, die sich aus der reformpolitischen Bestrebung ergeben, dem Bedarfskriterium und prekärer Erwerbsarbeit rentenrechtlich stärker Rechnung zu tragen, andererseits aber die Kerninstitution des deutschen Sozialstaats, die auf „erarbeiteten“ Beiträgen beruhende Altersrente, zu erhalten, sind leicht zu ermessen.

Der demografische Wandel mit der Konsequenz, dass weniger Erwerbstätige die Renten von größeren Kohorten mit Rentenansprüchen finanzieren müssen, und dass zudem wegen Frühverrentung und Langlebigkeit sich die Rentenbezugsdauer strukturell verlängert, rief Reformbemühungen in Richtung der stärkeren Kapitalisierung auf den Plan. Sie soll die jüngeren erwerbstätigen Kohorten von der Rentenfinanzierung über das Umlageverfahren der gRV entlasten und die Last des demografischen Wandels auch auf die Älteren selbst verlagern. Dieses Ziel speist sich aus Erwägungen zur Generationengerechtigkeit, aber ebenso aus Sorgen um die Akzeptanz einer Rentenversicherung, die hohe Beiträge abverlangt, jedoch eine nur lückenhafte künftige Alterssicherung in Aussicht stellt.

Diese Ausführungen ließen sich ohne weiteres erweitern, müssen aber im Rahmen dieser Stellungnahme mehr illustrativen Charakter haben. Ausgelassen wurden hier zum Beispiel zentrale Fragen der sozialmoralischen Ressourcen, auf die jede Sozialpolitik angewiesen ist – so etwa auf die der Bereitschaft, Steuern auch für Fremde zu zahlen,

deren Sozialverhalten unbekannt ist. Hier beschäftigt sich die Sozialpolitikforschung ausführlich mit den sich wandelnden Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat und seinen Institutionen sowie mit ihrer Sicht auf die „Unterstützungswürdigkeit“ unterschiedlicher sozialer Gruppen und Milieus – und das vor dem Hintergrund der Frage, ob denn eine Heterogenisierung der Gesellschaft zwangsläufig mit der Schwächung wohlfahrtsstaatlicher Solidarität einhergehen muss. Mit der Vernachlässigung dieses zukünftig vielleicht brennenden Themas und der Konzentration auf die Frage von Alterssicherung und Rentenpolitik sollte hier lediglich kurz gezeigt werden, wie umfassend die Herausforderungen und wie vielschichtig die Probleme sind, die reformpolitisch angegangen werden müssen.

Das leitet über zu der Frage nach der angemessenen Art der wissenschaftlichen Sozialpolitikanalyse. „Erfolge“ von Reformprogrammen lassen sich in einem engen Sinne der Programmevaluation erfassen. Hier stehen die konkrete sozialpolitische Maßnahme und ihre Zielerreichung im Vordergrund. Diese Perspektive auf Sozialpolitikbewertung ist wichtig, sind doch konkrete Informationen zur Wirkungsweise neu etablierter Reformen erwünscht. Jedoch wäre dies allein eine verkürzte und zudem kaum nachhaltiges Wissen liefernde Perspektive. Die Stärke der „Förderinitiative Stiftungsprofessuren Sozialpolitik“ liegt genau darin, dass diese eine an das etablierte Wissenschaftssystem angebundene Form der Beobachtung der Sozialpolitik anstrebt. So ist eine breitere Perspektive gewährleistet, die gesellschaftliche Ursachen für sozialpolitische Reformen der Alterssicherung und anderer Politikbereiche mit bedenkt und über die Evaluation mit einer enger gesteckten Sicht auf die Programme hinaus immer auch im Blick hat, wie sich Arbeitsmärkte, Erwerbsmuster und Lebensformen ändern und wie die Sozialpolitik hier reagieren sollte.

In der Sozialpolitikforschung gilt es Instrumente zu evaluieren und Reformpfade zu überprüfen, aber ebenso gilt es zu sehen, dass Sozialpolitik ein Mittel ist, um soziale

Zielsetzungen, die in demokratischen Prozessen formuliert werden, zu verwirklichen. Über diese haben die diversen Gruppen und ihre Interessenvertretungen sehr unterschiedliche Vorstellungen. Man mag es angesichts dessen zu optimistisch finden, den Sozialstaat als integratives System zu bezeichnen. Gerade deshalb aber sind soziologische Sozialpolitikanalysen gefragt, die auch die erst langfristig sichtbar werdenden Ergebnisse wahrnehmen: Was war über die kurzfristige Projektevaluation hinaus der „Erfolg“ – oder aber die (nicht-intendierte) Folgewirkung – bestimmter Renten-, Familien- oder Arbeitsmarktpolitiken? Haben sie Zugangschancen verbessert, Ungleichheiten verstärkt, Biografien individualisiert? Zudem bieten sich internationale Vergleiche institutioneller Designs an, die zeigen, wie sich alternative Politikprogramme als Problemlöser bewähren – oder aber wie sie sich als neue Problemerzeuger auswirken.

Es steht kaum in Aussicht, dass die Nachfrage der Bürger nach staatlicher sozialer Sicherung zurückgehen wird. Im Gegenteil, volatile Arbeitsformen und -märkte steigern sie tendenziell. Flexibilitätsanforderungen der Arbeitsmärkte lassen die Notwendigkeiten und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger wachsen, durch sozialstaatliche Institutionen und Programme aufgefangen zu werden. Ebenso ist das Vertrauen in die einst als eine attraktive Alternative erscheinende stärkere Nutzung der Finanzmärkte für die Alterssicherung im Zuge der andauernden Krise verloren gegangen. Reformoptionen, die allzu unkritisch auf marktförmige Lösungen für Belange der sozialen Sicherheit setzen, haben an Glaubwürdigkeit verloren. In der Tradition des europäischen Sozialmodells ist zudem weniger die politische Option „abschaffen“ beziehungsweise alles „dem Markt überlassen“ wahrscheinlich, sondern eher wird ein unterschiedliche sozialpolitische Steuerungsprinzipien rekombinierender Neuzuschnitt der Instrumente sozialer Sicherung erprobt. Es entwickelt sich ein neuer „welfare mix“, der immer auch eine Neujustierung der sozialstaatlichen Systeme für In- und Outsider bedeutet.

Wir leben also sicher weiterhin in einem Wohlfahrtskapitalismus. An dem Begriff mag sich mancher stören, kombiniert er doch zwei zunächst unversöhnlich scheinende Dinge. Aber in der Soziologie und der vergleichenden Sozialpolitikforschung ist das Konzept des *welfare capitalism* durchaus gängig, um neutral zu bezeichnen, dass die Gegenwartsgesellschaft eine Marktwirtschaft ist, in der sich jedoch Formen der sozialen Einbettung der Erwerbsarbeit und der mit ihr verbundenen Standardrisiken Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und so weiter entwickelt haben, die historisch erweitert wurden auf erwerbsarbeitsunabhängige Politikfelder wie die Familien- oder Pflegepolitik. Ein Kapitalismus, der die Wohlfahrtsansprüche der Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt, scheint in europäischen Demokratien mittlerweile – und das nach wie vor – undenkbar. Manchen ist der Begriff des Wohlfahrtskapitalismus auch zu positiv, gehe er doch unkritisch über den unverkennbaren Rückbau sozialer Sicherungssysteme hinweg. Er ist jedoch in keiner Weise normativ gemeint und intendiert nicht die Bewertung eines „zu viel“ oder „zu wenig“.

Jede wissenschaftliche Disziplin hat ihre eigene Perspektive auf das, was im Hinblick auf Sozialpolitik die relevanten Realitätsausschnitte sind. Wenn man jedoch die spezifischen Perspektiven der einzelnen Fächer benennen möchte, dann lässt sich für die Soziologie sicher eine besondere Fokussierung auf die Auswirkungen der Sozialpolitik auf die Verteilung knapper und begehrter Güter (wie zum Beispiel auf das Einkommen, aber auch auf den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen) beziehungsweise auf eventuelle Benachteiligungen hinsichtlich der mit diversen sozialen Staatsbürgerrechten geschaffenen Inklusionsversprechen benennen. Die Soziologie ist besonders der Einhaltung der Inklusionsversprechen für alte Menschen, Frauen, marginal Beschäftigte, Migrantinnen und Migranten oder Arbeitslosen auf der Spur. Sie stellt sich jedoch auch den in die Institutionen der Sozialpolitik eingelassenen Normen der Leistungsgerechtigkeit sowie den Interessenkonflikten gesellschaftlicher Gruppen hinsichtlich ihrer Teil-

habe an den gesellschaftlich erzeugten Lebenschancen. Anschlüsse zu politikwissenschaftlichen Fragen der politischen Akteurskonstellationen und reformpolitischer Prozessdynamiken liegen hier ebenso nahe wie zu den Rechtswissenschaften beziehungsweise dem Recht als dem „Normsetzer“ in Hinblick auf soziale Staatsbürgerrechte, schließlich auch Anschlussmöglichkeiten zu den Wirtschaftswissenschaften als Analyseinstanz für den Umgang mit knappen Ressourcen und die Handlungsweisen rationaler Akteure. Die Zusammenführung dieser und weiterer fachspezifischer Perspektiven, die die angestrebte Förderinitiative ermöglichen würde, ergäbe eine lebhaftere, fachlich fundierte und problemnahe interdisziplinäre Sozialpolitikforschung.

*Anschrift der Verfasser:*

Prof. Dr. Ursula Dallinger  
Universität Trier  
Fachbereich IV  
Gebäude C, E,   
Universitätsring 15  
54296 Trier

Prof. Dr. Stephan Lessenich  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
Institut für Soziologie  
Konradstraße 6  
80801 München

Prof. Dr. Ilona Ostner  
Institut für Soziologie   
Platz der Göttinger Sieben 3  
37073 Göttingen